

# Verbandszeitung

Publikationsorgan des Verbandes der Lebensmittel- u. Getränkearbeiter Deutschlands

(vormals: Verband der Brauerei- und Mühlenarbeiter und verwandter Berufsgenossen)

Verleger und verantwortlicher Redakteur: Fr. Krieg, Berlin-Lichtenberg — Redaktion und Expedition: Berlin NW 40, Reichstagsufer 8

## Vier Jahrzehnte

Wie die Mühle schnell sich dreht  
Und die Räder der Maschinen!  
Wie die Stunde eilig geht,  
Wenn ihr heißer Atem weht.  
Wenn ihr heißer Atem weht.  
Dienen mußt du, dienen!

Und so floh und floß die Zeit,  
Wie der Wind und wie die Welle.  
Und es drang durch Sturm und Streit  
Unsere Gemeinsamkeit  
Aus dem Dunkel in das Helle.

Tag für Tag und Jahr um Jahr,  
Werk der Geister und der Hände,  
Das aus Mühsal sich gebar  
In der menschenbewußten Schar,  
Daß sich unser Schicksal wende.

Brüder gingen dort und hier.  
Einer fand sich doch zum andern,  
Und nun stehn und streiten wir  
Unter einem Kampfpanier,  
Wollen einig wandern.

In der Tage schwerem Muß  
Sahen leuchtend wir das Eine:  
Harte Kraft nur knackt die Nuß.  
Nur ein strömend starker Fluß  
Treibt die schwersten Steine!

Hörte noch nicht jedes Ohr  
Dieser Wahrheit tiefes Rauschen?  
Schreckt aus Taubheit es empor!  
Endlich muß der letzte Tor  
Den Erwachten lauschen.

Aus der eng verbundenen Macht  
Keimt das Glück und blühen Siege.  
Wen die Nöte stumm gemacht,  
Glaubt er, daß die Frucht ihm lacht,  
Wenn er weiter schwiege?

Tausend Seelen recken sich,  
Abertausend auf zum Ziele.  
Mut und Kraft entdecken sich,  
Treue Hände strecken sich,  
Mitzutun im großen Spiele.

Weit wohl ist der Weg und hart,  
Und ein Tag neigt bald zur Rüste.  
Dennoch: vorwärts geht die Fahrt  
Durch die graue Gegenwart  
Nach der Zukunft grünen Küste.

Vier Jahrzehnte! Schaut ihr Bild:  
Manches doch ist gut geraten.  
Was aus ihren Tagen quillt,  
Blüh, empor! Und wenn es gilt,  
Wandle sichs zu neuen Taten.

Ernst Preczang.



# Zum 40 jährigen Jubiläumstag, 17. August 1885 — 17. August 1925

Wie es vor dem war.

Die Gründerjahre nach dem Kriege 1870/71 hatten geschäftliche Hochkonjunktur und brachten Arbeitslosigkeit und guten Verdienst. Industrien wurden belebt, neue Zweige geschaffen, die Arbeiterschaft von überall herangezogen. Die Ueberanstrengung brachte alsbald den Rückschlag. Der Rückschlag brachte Druck auf Arbeits- und Lohnverhältnisse; es fehlte der natürliche Unterboden, Bedürfnis und Kaufkraft hielten nicht Schritt mit der Ausweitung der Produktion. Die Arbeitszeit wurde ins Unendliche verlängert, die Zahl der Arbeitslosen wuchs und die Löhne sanken fortwährend bis auf die Hälfte der Konjunkturzeit, ohne nennenswerten Widerstand bei den Arbeitern zu finden. Das Sozialistengesetz hielt jede Regelung der Arbeiter nieder, wo sie schon zur Erkenntnis der Notwendigkeit des Zusammenschlusses zur Abwehr gekommen waren. Vorhandene Organisationen mußten laotieren, um nicht von der Polizeihand gepackt zu werden. Aber die Erkenntnis von der Notwendigkeit der Organisation war noch nicht in alle Arbeiterkreise eingedrungen; auch in unseren Beruf nicht. Aber der dauernde Druck weckte sie auf, als erste die Brauer.

In größter Abhängigkeit vom Unternehmer standen die Brauer. In den Betrieben isoliert. Von der Außenwelt so gut wie abgeschnitten. Nur arbeiten und kurzes Schmalenleben, soweit die Arbeit dazu Zeit ließ. Arbeit Tag und Tag, Werttag und Sonntag. Man brauchte und bevorzugte in erster Linie junge Kräfte. Der Wechsel war groß. Die Sesselsuchtanstalten sorgten für Nachwuchs. Der Kellere schied aus. Es gab eine Zeit, wo beispielsweise in der Dortmunder Union-Brauerei Leute nicht mehr eingestellt wurden, wenn sie schon einen Anseh von Schnurrbart hatten. Dabei in allem beschränkt vom Unternehmer oder Vorgesetzten. Sklaven. Aber es steckte infolge der Eigenartigkeit des Berufs, der Kasernierung, des Rekrutierungsgebietes, ein gewisser Stolzgeist in den Kollegen. Und der verhältnismäßig große Wechsel einerseits, der Drang nach Neuem andererseits, bewirkte, daß man in manchen Schmalen die Verhältnisse in den meisten Brauereien Deutschlands kannte; bewirkte ferner, daß man mit der Umwelt in nähere Berührung kam, hörte, was in anderen Arbeiterkreisen vor sich ging; wie die Unzufriedenheit mit den Zuständen wuchs, wie man sich auflehnte, sich zusammenschloß, Ansprüche und auch Erfolge erzielte. So drang auch allmählich in die Brauerei die Erkenntnis, daß, um andere Verhältnisse herbeizuführen, die Selbsthilfe, der Zusammenschluß, die Organisation, notwendig ist, eine andere Einstellung gegenüber dem Unternehmertum.

## Der Anfang — Taten — Meinungsstreit — Gärung.

Am 16. und 17. August 1885 fand, einberufen von dem am 26. Dezember 1884 gegründeten Bierbrauergesellenverein, Berlin, zu dessen Fahnenweihe, ein Kongreß der Brauer statt, zu dem durch Aufruf in der inzwischen gegründeten „Bereins-Zeitung“ im Januar 1885 eingeladen wurde. Der Aufruf veranlaßte die Gründung einer Anzahl Brauergesellenvereine im Reich. Zum Kongreß waren vertreten 1700 Mitglieder aus 63 Orten, davon entfielen 1300 Mitglieder auf Berlin. Der Allgemeine Brauerverband wurde gegründet, das Statut beschlossen, ein Eintrittsgeld von 50 Pf. und ein Monatsbeitrag von 30 Pf. festgesetzt, sowie die Arbeitslosenunterstützung beschlossen. Am Gründungsstag, am 17. August, waren anwesend Delegierte aus Berlin, Magdeburg, Kiel, Dessau, Chemnitz, Kratau, Rassel, Dresden, Eisleben, Stuttgart, Hirschpösten hatten geschickt Leipzig und Hamburg.

Das Sozialistengesetz hielt die Organisationen nieder, jede freie Regelung machte Staatsanwalt und Polizei mobil. Selbst das Statut des Allgemeinen Brauer-Bandes wurde vom Berliner Polizeipräsidenten nicht genehmigt, weil es Arbeitslosenunterstützung vorsah. Das mußte erst ausgemerzt und ein Anspruch auf Unterstützung verneint werden. Diese beengenden Fesseln aller Art haben auch die Organisationsbetätigung beeinflusst. Zweifellos war bei Gründung der einzelnen Vereine und des Verbandes vorherrschend der Gedanke, die als unhaltbar erkannten Zustände im Lohn- und Arbeitsverhältnis zu regeln, zu bessern, die 14- bis 18stündige Arbeitszeit zu verkürzen, die Sonntagsarbeit einzuschränken, die gedrückten Löhne zu erhöhen. Aber „hinter jedem Streit lauert die Hydra der Revolution“ war die Auffassung des Ministers von Puffkammer um diese Zeit herum, und die Ordnungs- und Verwaltungsbehörden und die Justiz waren entsprechend eingestellt. Das stärkte die Auffassung derer, die zur Erreichung besserer Verhältnisse Kraft nicht für notwendig, mindestens nicht für zweckmäßig hielten. Die Organisation war auch ein zu loses Gebilde, ohne zentralisierten Willen und bestimmte Befugnisse der Leitung. Ein berufsfremder Unternehmer, Horn, als Eigentümer der Zeitung und zugleich als Redakteur, verfolgte zunächst sein geschäftliches Interesse. Dadurch kam er in Konflikt mit der Verbandsleitung und brachte auch gelegentlich alles durcheinander. Die Organisation laotierte und vermochte nichts im Interesse der Kollegen zu tun. Der Verbandsitz wurde 1888 von Berlin nach Dresden verlegt, eine neue Zeitung wurde gegründet, Kollege Penndorf als Vorsitzender und Redakteur gewählt. Vereine schieden aus, andere kamen dazu. Es blieb bei der Unfähigkeit, weil die neue Verbandsleitung einmal überfordert war, zum zweiten kein Geld hatte, zum dritten sich von der alten Einstellung nicht frei machen konnte oder wollte. Auch die alljährlich stattfindenden Verbandstage konnten nichts daran ändern. Und daneben immer die Aussicht der behördlichen Gewaltmaßnahmen. Der dauernde Druck der Unternehmer, die keine Miene machten, von der Beschränkung und Ausschaltung der Untergebenen abzugehen oder gar Verbesserungen einzuführen, bewirkte aber auch zunehmende Unzufriedenheit, und gegen den Willen der Verbandsleitung brachen 1889 an verschiedenen Orten Streiks aus, mit Hamburg beginnend, dem 1890 mehrere folgten, mit ganz respektablen Erfolgen. Die Streiks zogen mehr oder minder erfolgreiche Lohnbewegungen an anderen Orten nach sich. Es ist wohl nicht überflüssig, hier anzufügen, daß aus Mangel an Verbandsmitteln die Streiks durch Sammlungen und Zuschüsse aus den geringen Ortsbeständen der nicht beteiligten Vereine finanziert wurden, daß aber bei allem guten Willen der Geber die Summen so gering waren, daß beispielsweise bei dem Berliner Streik 1890 auf einer verheirateten Kollegen im ganzen 12,50 Mk. Streikunterstützung entfielen, für die Zeit vom 17. April bis Anfang September, wo er in Arbeit kam. Das mußten die Kollegen von vornherein, daß sie auf Unterstützung nicht rechnen konnten, trotzdem schreien sie nicht davor zurück, weil sie meinten, daß nur auf diesem Wege ein Vorwärtstommen möglich, Bessehe gelegt werden konnte in die Unnahbarkeit der Unternehmer. Aber diese Entwicklung führte zwangsläufig zu dem Schritt, die Organisation auf eine andere Grundlage zu stellen.

## Zur Industrie- und Kampfororganisation.

### „Kämpfe um die Anerkennung der Organisation.“

Am 30. September 1890 wurde das Sozialistengesetz aufgehoben. Es diente zur Unterdrückung aller Bestrebungen gegen das, was man Ordnung nannte, und zum Schutz des Profits. Der Zweck, den man damit erreichen wollte, wurde nicht erreicht. Die Leuerung nahm zu, die Unzufriedenheit, die Gärung wuchs. Alle polizeilichen und staatsanwaltschaftlichen Fesseln ungeachtet, wachte die Arbeiterschaft von ihren Elbogen Gebrauch. Wir sehen in den letzten Jahren des Sozialisten-

gehebes die großen Kämpfe der Bergarbeiter, der Hutmacher; auch die Kämpfe der Brauereiarbeiter haben wir vorstehend angedeutet. Man piff auf die sozialistengesetzliche „Ordnung“, weil die Not dazu zwang. Für einen Aufruf zur Sammlung für die streikenden Brauereiarbeiter in Berlin, im Jahre 1890, in der „Deutschen Brauerzeitung“, erhielt der so loyale Vorsthende und Redakteur Penndorf zwei Tage Beschaulichkeit im Gefängnis. Solche Vorkommnisse, Ausfälle kranker Zustände, reizten auf, entmutigten aber nicht. Die vortretende Gruppe im Brauerverband hatte schon auf den Verbandstagen 1889 und 1890 den Versuch gemacht, den Verband entsprechend den Zeitverhältnissen einzustellen. Es gelang hier noch nicht. Aber die inzwischen erfolgten Kämpfe förderten den Gedanken und stärkten die Zahl derer, die für ihn eintraten. Auf dem Verbandstag in Hannover 1891 wurde der Gedanke zur Tat. Der Verband wurde auf freigewerkschaftliche Grundlage gestellt, der Verbandsitz von Dresden nach Hannover verlegt und der Kollege Richard Wiehle als Vorsitzender, zugleich mit den Funktionen des Kassierers und Redakteurs gewählt. Infolge dieser Umstellung schieden verschiedene Brauervereine, denen die Sache zu stürmisch ging, und die sich von dem bisher verbandsoffiziellen Harmoniestandpunkt nicht lösen konnten, aus dem Verband aus, es blieben nur noch der Gauverein Berlin (nicht der schon früher ausgeschiedene Brauergesellenverein), ferner Braunschweig, Kiel und Hannover mit zusammen rund 600 Mitgliedern; halb darauf kam noch der Fachverein der Brauer Hamburg hinzu. Die Schar war klein. Aber nun war Luft. Und nun begann die Arbeit für den Aufbau mit klarem Ziel und festem Willen, gegen vermehrten Widerstand. Widerstand seitens der ausgeschiedenen Vereine und zunehmender Widerstand der Unternehmer, die sich nun auch organisierten. Als erste die Berliner 1890, ihnen folgten die Brauereien einer Reihe anderer Städte. Trotzdem ging es vorwärts. Die Orte, wo Zahlstellen des Verbandes gegründet wurden, mehrten sich. Trotz Maßregelungen und Schikanen wuchs der Verband. Die Kämpfe vor Umstellung des Verbandes auf freigewerkschaftlicher Grundlage hatten den Kollegen schon gezeigt, daß der Mechanismus nicht recht funktionierte, daß hier ein Fehler in der Konstruktion vorhanden war. Die eingesetzte Kraft wirkte sich nicht voll und nachhaltig genug aus. Es waren Stürme auf nicht genügend ausgebeuteter Front. Daher waren die Kämpfe schwerer und zeitlich zu sehr ausgedehnt. Die übrigen Brauereiarbeitergruppen blieben unberücksichtigt, sie standen nicht in Front, konnten somit auch nicht ihr Gewicht in die Waagschale werfen, sie erschwerten im Gegenteil den Kampf, weil sie uninteressiert waren und mit ihnen und den stehengebliebenen Vorberbürgen die notwendigsten Betriebs- und Transportarbeiten erledigt werden konnten. Dieselbe Erfahrung machte man auch bei dem Nürnberger Streik 1891, Frankfurt a. M. 1892 und bei der Aussperrung in Hamburg 1892. Aus dieser Erfahrung heraus erwuchs die Erkenntnis, daß die Abgrenzung der Organisation zu eng gezogen war, daß sie sich erstrecken müsse auf die gesamten Brauereiarbeiter. Daß sie alle in eine Front gebracht werden müssen, wenn es gilt zu kämpfen für bessere Verhältnisse, und daß diese Notwendigkeit in sich schließt: Zusammenhalten, gemeinsame Organisation, gemeinsame Interessenvertretung, gemeinsame Forderungen, gemeinsamer Kampf. Und schon 1892 wurde begonnen der eisernen Notwendigkeit im Interesse aller Brauereiarbeiter Rechnung zu tragen, sie zusammenzubringen in eine Organisation. Der Verbandstag 1893 in Nürnberg erhob diese Notwendigkeit zum Beschluß: Ausdehnung des Organisationsbereichs auf alle in den Brauereien, Bierniederlagen und Mälzereien beschäftigten Arbeiter; auch der Aufnahme der Arbeiter in Brennereien wurde zugestimmt. So war für die Industrieorganisation der Grundstein gelegt und auf ihm wurde nach besten Kräften weiter gebaut. Und daß die Organisation auch eine Kampforganisation war, das hatte sie in den letzten Jahren gezeigt, und sie erhielt in Zukunft zu diesem Beweise recht oft Gelegenheit.

Doch wir sind der Entwicklung vorausgeeilt. In Erinnerung ist zurückzurufen, wie das Unternehmertum und seine Vertreter zu Beginn unserer ersten Organisationsarbeit eingestellt waren, wie andererseits die Verhältnisse in den Brauereien aussahen und wie man selbst in Kreisen außerhalb der Brauereiarbeiter darüber urteilte. Davon nur einige Beispiele aus dem übergroßen Blütenkranz. Im Jahre 1891 erklärte der Besitzer der Luder-Brauerei in Nürnberg aus Anlaß der eingereichten Forderungen:

„Ich lasse mir von niemandem Vorschriften machen, ich lasse arbeiten so lange ich mag, zahle, was ich mag, und nehme Leute, die ich will.“

Im Jahre 1892 anlässlich der Maßregelung der Kollegen der Brauerei Essighaus in Frankfurt a. M., wegen Verweigerung der Arbeit am 1. Osterfesttag, erklärte ein Braumeister,

„daß er sich um die gesetzliche Sonntagsruhe nicht kümmere; er lasse nunmehr erst recht Sonntags auch noch ausweichen und Hausenziehen.“

In dem Statut der 1892 gegründeten Brauereivereinerung in Braunschweig fand sich folgende Bestimmung:

„Kommt es zum Streit, so sind sämtliche Brauereien verpflichtet, sofort ihr gesamtes Personal zu entlassen. Wer die Entlassenen beschäftigt, hat eine Strafe von 10 000 Mk. zu zahlen.“ Und unserer Organisation wurde mitgeteilt, „daß dieselbe Brauerei, die die maßlosen und unerfüllbaren Forderungen der Arbeiter akzeptiert, 10 000 Mk. Konventionalstrafe zahlen müsse“.

Im Jahre 1892 schrieb das Münchener Fremdenblatt, keine Arbeiterzeitung, über die Verhältnisse in der Münchener Löwenbrauerei das folgende:

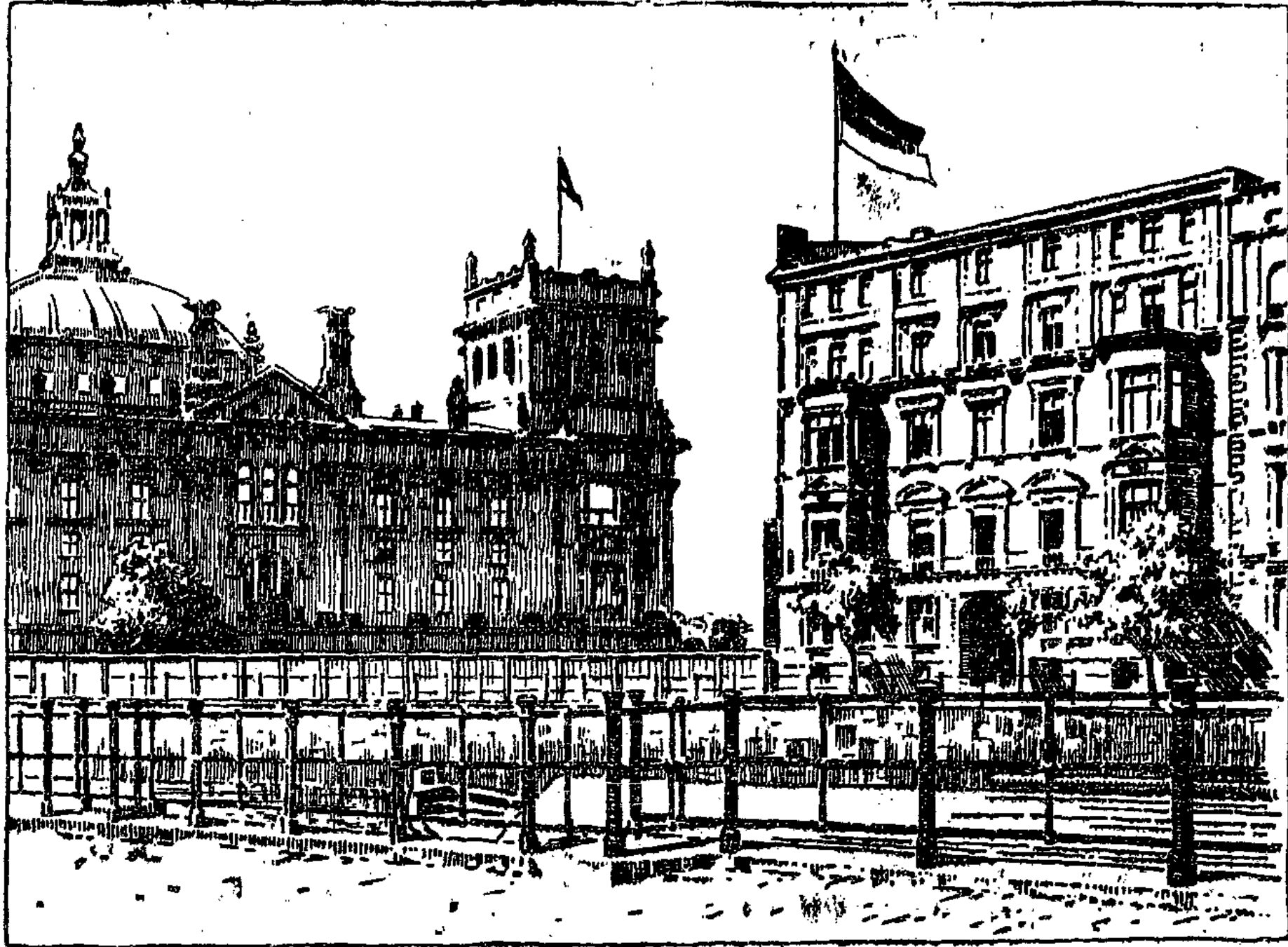
„Die größte hiesige Brauerei leistet das denkbar Größte auf dem Gebiete der Menschenausbeutung. Ihrem Personal darf man den Namen weiße Sklaven geben. Früh um 3 Uhr beginnt der Dienst, abends 7 Uhr endet er; nicht selten müssen die ermatteten Menschen auch in der Nacht zu halb- und einstündigen Dienstleistungen sich vom Lager erheben. An Sonntagen jahraus jahrein derselbe Dienst; nur daß dieser anstatt abends 7 Uhr schon um 5 bzw. 6 Uhr endet... Dazu kommt das Diktatorische in jener Brauerei. Bei dem geringsten Vergehen, das sich ein Angestellter zuschulden kommen läßt, und wie manches solches dürfte durch die enorme Ueberbürdung zu entschuldigen sein, regnet es dem Lohn angemessene Ordnungsstrafen, die sich sogar bis zu acht- oder vierzehntägigem gezwungenen Aussetzen von der Arbeit erstrecken.“

Damit waren die Zustände von damals in der Brauindustrie so ziemlich allgemein gekennzeichnet, und angesichts dessen hatte die Organisation eine Riesenarbeit vor sich, um menschenwürdige Verhältnisse zu schaffen. Dazu mußten die erforderlich erscheinenden Vorbedingungen geschaffen werden. Die Einrichtung, die vor der Umstellung des Verbandes im Jahre 1891 bestand, das Abonnement der Zeitung, wurde auf dem Verbandstag 1892 abgeschafft und ab 1. Oktober 1892 die Zeitung obligatorisch eingeführt, um die Agitation wirkungsvoller zu gestalten. Weiter wurde der Beitrag 1892 von 40 auf 80 Pf. monatlich erhöht. Hinzu kam 1893 die schon mitgeteilte Ausdehnung der Organisation auf die gesamten Arbeiter der Brau- und Malzindustrie zur Herstellung einer geschlossenen Kampf-front. 1898 wurde der Beitrag weiter auf 1 Mk. erhöht, um die Ver-

bandstasse zu kräftigen, zur Unterstützung und Durchhaltung der notwendigen Kämpfe, was bisher mit den geringen Beiträgen aus der Verbandstasse nur recht mangelhaft möglich war. Die Mittel wurden, soweit sie beschafft werden konnten, zum größten Teil durch Sammlungen der Kollegen oder am Orte aufgebracht. Die Unterstützung war gering. Was daran fehlte, mußte der Idealismus ersetzen, und auf diesem Gebiet wurde recht viel verlangt und geleistet. Größere bzw. den Umständen nach wichtigere Kämpfe von 1891 bis 1898 waren die in Nürnberg 1891, Frankfurt a. M., Hamburg (Aussperrung), Elberfeld, Hannover 1892; Mainz, Mannheim, Leipzig, Zwickau, Karlsruhe (Aussperrung) 1893; Berlin (Aussperrung), Braunschweig (Aussperrung), Duisburg 1894; Karlsruhe, Speyer 1896. Diese Kämpfe bezogen sich zum Teil auf einzelne Betriebe, meistens auf den ganzen Ort. Dazwischen liefen eine Anzahl kleinerer Streiks, vielfach wegen Maßregelung von Verbandskollegen. In der Hauptsache waren diese Kämpfe auch zugleich solche um die Anerkennung der Organisation, auch der im Jahre 1907 geführte Kampf in Augsburg galt noch diesem Ziel, das auch hier erreicht wurde.

**Ein neuer Abschnitt — Tarifpolitik und Tarifverträge.**

Auf dem Verbandstag 1898 legte der Vorsitzende Kollege Wiehle bedauerlicherweise sein Amt nieder. Man sah ein, daß die zu leistende Arbeit mehr Arbeitskräfte erforderte. Die Funktionen wurden getrennt in Vorsitzender, Kassierer und Redakteur, wozu Bauer, Ragerl und Krieg gewählt wurden. Man sah auch ein, daß die Verhältnisse mehr Mittel erforderten und erhöhte den Beitrag von 80 Pf. auf 1 Mt. pro Monat. Aller gute Wille die Organisation zu fördern und den Verhältnissen gerecht zu werden, hätte den Erfolg nicht gezeitigt ohne die Erhöhung der Beiträge. Wir sehen dann auch, daß die noch im Jahre 1898 erfolgte Aussperrung in Erfurt und der Streik in Mannheim, und der im nächsten Jahre, 1899, noch größere Streik in Frankfurt am Main, von der Organisation finanziell glatt getragen wurden. Der große Kampf in Hamburg 1904 und die Aussperrung in Rheinland-Westfalen 1905, sowie der Streik in Augsburg 1907 wurden spielend finanziert. Der letztere Kampf schuf unsere Brauerei in Augsburg. Allerdings hatte inzwischen der Verbandstag 1900 die den Zahlstellen verbleibenden hohen Sätze abgeschafft und der Beitrag war inzwischen auf 40, dann 45 Pf. pro Woche hinaufgesetzt worden, für weibliche auf 25 Pf., und 1908 auf 50 bzw. 30 Pf. Diese großen Kämpfe waren der beste Beleg für uns, der Verbandstasse zu geben, was notwendig und im Interesse der Organisation und der Kollegen gelegen war. Es geschah dies, wenn auch etwas zaghaft und auch nicht in zu großem Ausmaß.



Reichstagsgebäude

Unser Verbandshaus, Reichstagsufer 3.

Der Zeitabschnitt von 1898 ab war in Hinsicht der Entwicklung des Tarifvertragsgedankens und der Durchsetzung von Tarifverträgen besonders wichtig. Zur Zeit, als die Tariffrage in den Gewerkschaften noch eine Streitfrage war, ob die Tarifverträge nützlich und zweckmäßig oder den Interessen der Arbeiter, ihrem Klasseninteresse abträglich sei, erkämpfte unsere Organisation sich munter einen Tarifvertrag nach dem andern. Allerdings hatte unsere Organisation schon recht früh damit begonnen: der erste Tarifvertrag wurde 1892 in Stuttgart abgeschlossen. 1898 wurden Tarifverträge für 21 Betriebe abgeschlossen, die Zahl stieg alljährlich um ein beträchtliches, noch nicht 10 Jahre danach hatte die Zahl der unter Tarif arbeitenden Personen in unserer Industrie die Zahl der Mitglieder des Verbandes erheblich überstiegen, der Tarifvertrag war also allgemein eingeführt. Und schon in den ersten Jahren unserer Tarifpolitik setzte unsere Organisation die Anerkennung des § 616 des Bürgerlichen Gesetzbuches durch, d. h. es wurde tariflich festgelegt, die Fortzahlung des Lohnes oder eines Teiles bei Arbeitsbehinderung für eine bestimmte Zeit, ferner ein Urlaub bei Fortzahlung des Lohnes. Beides, § 616 sowohl wie der Urlaub wurden im Laufe der Zeit immer mehr ausgebaut. Selbstverständlich erstreckten sich die Tarifverträge auf das ganze Gebiet der Arbeits- und Lohnverhältnisse. Mit dem Singutritt anderer Arbeitergruppen zu unserer Organisation setzte der Kampf um den Tarifvertrag immer wieder von neuem ein. Ist er jetzt nicht mehr allgemein durchgeführt, so wird auch dies nachgeholt. Für uns war die Frage der Zweckmäßigkeit des Tarifvertrages nie strittig, strittig war zeitweise nur die Dauer der Bindung. Doch das sind einerseits Nachfragen, andererseits Fragen der wirtschaftlichen Voraussetzungen, der Konjunkturverhältnisse.

In diese Zeit fällt eine wichtige Neuerung im Verbands, die dazu dienen sollte und auch dazu gedient hat, die Organisation vorwärts zu treiben. Der Verbandstag 1904 ging dazu über, zur besseren Förderung der Agitation und Ausdehnung der Agitation auch auf die übrige Getränkeindustrie, sechs Agitationsbeamte, man nannte sie Gauleiter, anzustellen. Gewählt wurden und als Sitz wurden ihnen zugewiesen: Badert für Bosen, Egel für Hamburg, Stöcklein für Leipzig, Schrems für Regensburg, Thierer für Karlsruhe, Frank für Dortmund. Man hatte erfreulicherweise mit der alten Auffassung gebrochen, daß die Agitation ehrenamtlich genüge und betätigt werden muß und das Geld weggeworfen sei, das zur Befoldung angestellter Agitationskräfte ausgegeben werde. Daß diese Auffassung nicht richtig war, dafür wurde der Beweis erbracht durch die Erfolge. Nach 1½-jähriger Tätigkeit der angestellten Agitationsbeamten hatte der Verband einen Zuwachs von 61 Zahlstellen und 6113 Mitgliedern. Die Ausgaben machten sich demnach reichlich bezahlt und lagen auch im Interesse der gesamten Kollegenschaft. Man konnte auf die Dauer nicht auf Inseln Lohnpolitik treiben und die Verhältnisse verbessern, wenn das übrige Reich brach und verödet dalag und die dort vorhandenen mittelalterlichen Verhältnisse den Fortschritt in einzelnen Orten hemmten und in Gefahr brachten. Das sah man dann auch bald ein, durch die Praxis belehrt, und so ergab sich ganz von selbst für das weite unbearbeitete

Gebiet die Notwendigkeit noch weiterer Anstellungen. Die Organisation konnte ohne diese Anstellungen nie das werden, was sie geworden ist und auch nicht die Verhältnisse für die Arbeiterschaft schaffen, die wir tatsächlich erzielt haben.

Im Februar 1907 starb der Vorsitzende Georg Bauer, an seine Stelle wurde Martin Egel gewählt, der zu Ende des ersten Kriegsjahres 1914 einem Schlaganfall erlag. Ihn folgte Badert im Amt.

**Der Anschluß der Mühlenarbeiter 1910.**

Aus den langjährigen Verhandlungen zur Gründung einer Organisation aller Arbeiter in den Lebens- und Genussmittelindustrien und zu diesem Zweck Zusammenschluß der in Frage kommenden Organisationen ist im Jahre 1910 der Anschluß des 1890 gegründeten Mühlenarbeiterverbandes an den Brauereiarbeiterverband zur Tat geworden. Mit 4441 Mitgliedern und 76 650 Mt. Verbandsvermögen der Mühlenarbeiter vollzog sich die Verschmelzung. Die drei Angestellten des Mühlenarbeiterverbandes wurden in den Organisationsapparat eingereiht: Käßler als 2. Verhandlungsvorsitzender, Hapke in das Hauptbureau, Kummel als Bezirksleiter nach Koblenz. Das Zusammenarbeiten ließ nichts zu wünschen übrig. Keine Gruppe kann sich beklagen, daß ihre Interessen hintangestellt wurden. Was möglich war, wurde in treuer Kampfgemeinschaft geschafft. Aber zugleich mit dem Anschluß der Mühlenarbeiter kam neues Arbeitsgebiet zu uns und eine meistens noch ziemlich unabhägare Unternehmerschaft. Da gab es wieder vermehrte Betätigung und Kämpfe um Fragen, die im Sinne unserer Tarifpolitik zu lösen waren. Bei verstärkter Teilnahme der Mühlenarbeiter an der Organisation war es möglich, die Verhältnisse mit der Brauindustrie gleich oder annähernd gleich zu bringen. Da, wo in der letzten Zeit der Inflation und später die Laugheit wieder einzog, war es auch mit verschiedenen der in harten Ringen eroberten Positionen geschehen. Zeitweise ungünstige Konjunkturen kommen dabei den Unternehmern zuunute. Es wird wieder ausgeglichen werden, wenn die Mühlenarbeiter auf dem Damm sind, wenn die Laugewordenen wieder zur Vernunft gekommen sind. Kollege Hapke wurde an Stelle des 1919 verstorbenen Kollegen Ragerl Hauptkassierer, 1921 erlag er einem Schlaganfall. Sein Nachfolger wurde Wittorf.

**Eine notwendige Ergänzung. — Getränkeindustrie.**

Mit dem Anschluß der Mühlenarbeiter zeigten sich Lücken im Organisationsgebiet, die zu füllen waren im Interesse der Bewegung, zum Zweck eines möglichst abgerundeten ineinandergreifenden Tätigkeitsgebiets. Zur Mühlenindustrie gehört mehr als die Mahlmühle. Das Gebiet wurde hier und da nicht

zeitig genug in Angriff genommen, aus Gründen, die in den Zeitverhältnissen lagen. Aber ausgeglichen muß es werden, weil es eine organisatorische Notwendigkeit ist. Auch in der Getränkeindustrie ist es nicht so vorwärts gegangen, wie es notwendig gewesen wäre. Schon frühzeitig wurde begonnen, die Brennererarbeiten, die Spiritusindustrie zu organisieren, später die Apfelweinbrenneren, die alkoholfreien Getränke-, Fruchtwein-, Wein- und Sektindustrie. Nicht überall mit der nötigen Energie. Aber daß das Werk vollendet werden muß, diese Notwendigkeit ist uns wohl allen klar.

**Einige Zahlen und Daten.**

An Lohnerhöhung und Arbeitszeitverkürzung erkämpfte der Verband in dem abgeschlossenen Zeitraum von 1898 bis 1914:

Jahr	Lohnerhöhung		Arbeitszeitverkürzung		Jahr	Lohnerhöhung		Arbeitszeitverkürzung		
	Perf. Mt. d. Jahr	Perf. Stk. d. Jahr	Perf. Mt. d. Jahr	Perf. Stk. d. Jahr		Perf. Mt. d. Jahr	Perf. Stk. d. Jahr	Perf. Stk. d. Jahr		
1898	1 089	196 972	878	407 940	1907	17 061	2 218 004	6 261	1 848 452	
1899	2 502	342 896	1 605	516 828	1908	10 419	961 980	4 169	844 844	
1900	9 651	1 136 768	7 192	1 580 956	1909	12 718	1 577 782	9 506	1 568 684	
1901	3 566	819 636	1 756	419 952	1910	27 706	2 688 956	19 902	3 667 112	
1902	1 708	140 236	1 428	320 424	1911	20 290	1 928 498	10 166	2 012 590	
1903	9 916	907 920	7 048	1 574 196	1912	28 089	1 727 253	7 148	1 822 818	
1904	16 253	2 248 116	8 524	1 625 000	1913	16 843	1 091 480	11 587	1 746 914	
1905	6 940	1 157 416	2 741	865 896	1914	13 698	920 452	3 746	565 812	
1906	14 670	1 898 612	8 749	2 189 876						
						<b>Zusammen</b>	<b>214 607</b>	<b>21 527 627</b>	<b>112 160</b>	<b>23 073 284</b>

Eine respektable Leistung und eine erhebliche Besserstellung der Kollegen, wenn man bedenkt, daß die in einem Jahre erzielten Erfolge in jedem weiteren Jahre nachwirkten. Die anderen Erfolge hier aufzuführen würde zu weit führen, erinnert sei nur, daß die früher ganz umsonst geleistete Sonntagsarbeit verschwunden ist, daß Urlaub und Entschädigung nach § 616 des Bürgerlichen Gesetzbuches immer mehr verbessert wurden und wohl allgemein eingeführt sind.

Die verschiedenen Unterstützungsarten wurden eingeführt im ehemaligen Brauereiarbeiterverband: Arbeitslosenunterstützung 1885; Krankenunterstützung 1898; Sterbegeld 1904, für die Ehefrauen der Mitglieder 1908; Rechtschutz 1890; Umzugsbeihilfe bei Maßregelungen 1891, allgemein 1914; Streit- und Gemäßregelungenunterstützung stufenmäßig 1891; Notunterstützung 1898; außerdem wurde in der Kriegszeit noch Kriegsunterstützung an die Familien der Kriegsteilnehmer gezahlt. Die Summe der Unterstützungen betrug — unter Außerachtlassung der Inflationszeit 1919 bis 1923 — von 1891 bis 1918 und dann für 1924 für Kampfzwecke und zur Vertretung der Interessen (Streik, Maßregelung, Rechtschutz, Lohnbewegung): 2 908 589 Mt.,

für die sonstigen Unterstühtungen: 4.400.903 Mt., insgesamt 7.394.492 Mt. Die Gesamteinnahmen seit 1891 bis 1918 und für 1924 betragen — ohne die Mühlenarbeiter bis 1910 — 14.335.930,25 Mt. Die Mitgliederzahl im Jahresdurchschnitt betrug 1891: 1300, 1895: 6018, 1900: 11.410, 1905: 21.697, 1910: 37.074, 1913: 51.537; in den Kriegsjahren fiel die Mitgliederzahl allmählich bis auf 17.316 im Jahre 1917 und entwickelte sich dann wieder wie folgt: 1918: 36.691, 1919: 70.807, 1920: 73.428, 1921: 74.912, 1922: 82.361, 1923: 69.459, 1924: 65.235. Nachdem die Krise zu Ende der Inflation und des ersten Jahres der Währungsstabilisierung überwunden, geht es wieder bergauf. Viele Hände und Kräfte sind erfolgreich am Werk, unseren Organisationsbau immer vollkommener zu machen.

Der ehemalige Mühlenarbeiterverband zahlte bis 1910 an Unterstützung für Kampfwende und Rechtschutz: 126.916 Mt., an sonstigen Unterstühtungen dergleichen Mt., wie sie im Brauereiarbeiterverband bestanden: 224.293 Mt. Die Gesamteinnahmen betragen 872.425 Mt., die durchschnittliche Mitgliederzahl 1891: 1200, 1895: 641, 1900: 1596, 1905: 3880, 1910: 4441. Diese Ziffern sind bei den oben wiedergegebenen des Brauereiarbeiterverbandes nicht eingerechnet.

Das Verbandshaus.

Als ein sichtbares Zeichen des Aufstiegs bringen wir heute den Kollegen umstehend unser Verbandshaus zur Ansicht, das Anfang d. J. auf Beschluß des Gesamthauptvorstandes erworben und im Monat März bezogen wurde, nachdem die Gefahr bestand, daß unsere letzten gemieteten Räume in der Schillerstr. 6 uns genommen werden könnten. Es steht vor Bahnhof Friedrichstraße aus rechts neben dem deutschen Reichstagsgebäude, hat 520 Quadratmeter Baufläche, 6 Etagen, deren oberste wir für uns hergerichtet haben. Am Hause fließt die Spree vorbei, Flußufer und Schutzgeländer sind sichtbar; auf der Spree ist ein Lastkahn sichtbar, der zur Zeit der Aufnahme vorbeizieht. Links vom Hause ist ein noch unbebautes Grundstück, das Stinnes gehörte.

Der erste Verbandsvorsitzende 1885 erledigte seine Geschäfte in der Brauerherberge in Berlin, der zweite in einer Bodenkammer im Maschinenhaus im Polnischen Brauhaus in Dresden, der dritte in der Privatwohnung in der Rieschlagstraße und später in der Falkenstraße Hannover-Linden; in der Falkenstraße war ein Zimmer für die Verbandsarbeit frei. Bei der Erweiterung des Vorstandes auf drei Personen 1898 bezog die Verbandsleitung eine Hofwohnung auf dem Ballhof, Burgstr. 9 in Hannover; zwei

Zimmerchen blieben für die Verbandsgeschäfte, ein Zimmer und die Küche wurden abgegeben für Reinigen der Bureauräume. Im selben Hause wurde dann nach mehreren Jahren eine Dreizimmerwohnung frei, sogar „vorne raus“, in welche die Verbandsleitung einzog, um bald darauf (1905) ein Bureau mit 4 Zimmern in der Münzstr. 5 in Hannover zu beziehen, in die sich 6 Personen teilten, im Hause, das Partei und Gewerkschaften gekauft und für Bureau und Druckereizwecke hergerichtet hatten. April 1909 erfolgte der Umzug nach Berlin im Hause Schillerstr. 6, wo wir sieben Räume hatten, später kam noch ein achter, dann ein neunter und zehnter und schließlich noch ein elfter Raum hinzu, um die Verwaltungsarbeiten ordnungsgemäß erledigen zu können. Nun haben wir unser eigenes Haus und können uns bei Notwendigkeit noch ausdehnen. Diese Entwicklung gibt gleichsam ein Bild der Entwicklung der Organisation.

An die Alten und an die Jungen!

Solidarität und Opferwilligkeit sind die Grundpfeiler des gewerkschaftlichen Aufstiegs, die Vorbedingung jeden Erfolges gewerkschaftlicher Betätigung. Ein ungeheures Quantum dieser Tugenden war vonnöten und war vorhanden, um unsere Organisation zu der Höhe zu bringen, auf der sie steht, und die Erfolge zu zeitigen, die Tatsachen sind. Dank den Alten, die zu Beginn unserer Organisation, und Dank den anderen, die auch noch in späterer Zeit ihre Existenz mehr als einmal aufs Spiel setzten, um der Organisation zu dienen, sie zu fördern; die Unbill und Maßregelung ertrugen zu einer Zeit, wo die Organisation noch nicht so die Macht hatte für sie einzutreten. Ob von den Organisationsveteranen aus der Zeit der Gründung oder den ersten Jahren nachher noch welche vorhanden sind, wissen wir leider nicht. Wenn man uns ihre Namen mitteilt mit dem Datum des Eintritts werden wir sie der Mitgliedschaft zur Kenntnis bringen. Der Dank an die Alten schließt aber auch zugleich die Mahnung an die Jungen in sich, es den Alten gleichzutun. Zäher Wille, mitzuarbeiten an dem wirtschaftlichen Aufstiege der Arbeiterchaft durch die Organisation, heißt der Gesamtheit und sich selbst nützen. Wie stände es um die Arbeiterchaft ohne die Organisation! Wir sehen es in der Vorzeit mit der 14- bis 18stündigen Arbeitszeit, der unentgeltlichen langen Sonntagsarbeit, den niedrigen Löhnen, der Rechtlosigkeit, Nichts kam von ungefähr, es kostete Kampf, dauernden Kampf und unausgesetztes Ringen, um es besser werden zu lassen. Das beherzigt, und daher zur Förderung der Organisation, alle ohne Unterschied, mehr als bisher Hand an Werk!

Fr. Krieg.

Du sollst zahlen!!

Die christliche Doppelbesteuerung.

Der Reichstag hat gegen Ende der verfloffenen Woche mit Hilfe der Zentrumspartei die Schliebsche Steuerreform angenommen. Sie bedeutet gerade für die Verbraucherchaft und die Arbeiterchaft eine gewaltige Neulastung, die sich gegenüber der bisherigen Belastung wie folgt darstellt:

Table with 3 columns: Steuerart, bisher (in Reichsmark), Neubelastung. Includes items like Lohnabzug- und Einkommensteuer, Allgemeine Umsatzsteuer, Zölle, Zigarettensteuer, Zuckerversteuer, Biersteuer, Branntweinmonopol, and Andere Verbrauchsabgaben.

Wie bereits oben bemerkt, konnte die Regierung diese Neubelastung, die durchweg zu Lasten der breiten Schichten geht, nur mit Hilfe der Zentrumspartei durchsetzen. Die Zentrumspartei hat aber durch diesen Schritt weder der Arbeiterchaft noch der Wirtschaft einen Dienst getan, denn die Neubelastung muß die Reallohne weiter drücken und den Warenabsatz weiter einschränken. Dadurch wird ohne Zweifel die Wirtschaftskrise weiter verschärft. Die Zentrumspartei hat ein Steuergezet gegen die Arbeiterchaft und die Wirtschaft gemacht. Sie wird das Uebel noch verschärfen, indem sie für das Zollkompromiß der Regierung eintritt, das für die Großagrarien eine maßlose Begünstigung für die Arbeiterchaft eine neue unerhörte Belastung darstellt.

Mit der Zentrumspartei hat eine Reihe von Vertretern der christlichen Gewerkschaften für diese Belastungspolitik der Reichsregierung gestimmt. Wie wollen diese Arbeitervertreter ihre Haltung im Reichstag gegenüber den christlichen Arbeitern verantworten? Womit wollen sie es rechtfertigen, wenn sie die Lebenshaltung der breiten Schichten aufs neue versteuern? Es haben keine Rechtfertigung; denn sie sind soweit gegangen, daß sie selbst den sozialdemokratischen Antrag, der die notwendigsten Lebensmittel, also Brot und Fleischwaren, und die Konsumgenossenschaften von der Umsatzsteuer befreien wollte, ablehnten.

Die Protovertreter in den Reihen der Zentrumspartei und der christlichen Gewerkschaften versuchen nun ihre Haltung gegenüber der Steuerreform und dem Zollgezet zu beschönigen. Sie wollen der Arbeiterchaft aufs neue Sand in die Augen streuen, indem sie behaupten, daß sie sich für eine Senkung der Umsatzsteuer von 1/4 auf 1 Proz. einsetzen. Das ist aber noch mal eine Taube auf dem Dach, denn vorläufig ist die Neubelastung auf Steuern und Zöllen da, während die Verminderung der Umsatzsteuer noch kommen soll. Selbst wenn die Verminderung wirklich kommt, woran wir aber angesichts der Haltung der Regierung noch hart zweifeln, ist das, womit man die christliche Arbeiterchaft zu beruhigen und in neuen Schlaf zu wiegen versucht, ein glatter Betrug. Die Ermäßigung der Umsatzsteuer kann nämlich niemals das entsprechende Entgelt für die Verschärfung der Zölle und der Verbrauchssteuern sein. Das beweist die Entwicklung der in Frage kommenden Steuern. Es vollzog sich wie folgt:

Table with 3 columns: Steuerart, 1913/14 (in Millionen Reichsmark), 1924/25. Includes Umsatzsteuer, Zölle, and Verbrauchssteuern und Monopoleinnahmen.

Aus den Zahlen geht folgendes hervor: Die Belastung aus dem Zoll, wie sie vor dem Kriege bestand, wurde durch Einführung der Umsatzsteuer und Verschärfung der Verbrauchssteuern abgelöst. An Stelle der Grenzölle, die nach dem Kriege bis zum Jahre 1924 nur unbedeutende Erträge abwarfen, traten Inlandsölle. Diese Inlandsölle stellen sich in der Einführung der Umsatzsteuer und in den erhöhten Verbrauchssteuern dar. Nun will die Regierung seit Hilfe der Zentrumspartei aber die Grenzölle wieder einführen. Vorbedingung für diese Einführung der Grenzölle wüßte die Aufhebung der Inlandsölle, also der Fort-

fall der Umsatzsteuer und die Ermäßigung der Verbrauchssteuern sein. Daran denken aber weder die Regierung noch die Regierungsparteien einschließlich des Zentrums. Bleiben aber neben den Zöllen die Umsatzsteuern und die verschärften Verbrauchssteuern, dann wird alles, was der Arbeiter, Beamte und Angestellte für seine Lebenshaltung braucht, doppelt belastet, nämlich erstmal durch den Zoll und dann durch die Umsatzsteuer und die verschärften Verbrauchssteuer. Es ergibt sich also eine Doppelbelastung, eine unerhörte Doppelbesteuerung.

Was sagen die christlichen Gewerkschaften dazu?

Berichte.

Reihe. In der am 26. Juli d. J. abgehaltenen Versammlung der hiesigen Zahlstelle ging Kollege Ehrlich auf die durch den Verband im letzten Quartal erzielten Verbesserungen in Lohn- und Arbeitsbedingungen ein, gab einen Ueberblick über die niederdrückende Belastung der Arbeiterchaft durch die mit Unterstützung des Führers der christlichen Gewerkschaften und der Regierungsparteien eingebrachten Zollvorlage, sowie auf die Wirkungen der neuen Steuergezet und vor allem auf die Gefahren des § 26 des im Reichstag vorgelegten Schankstättengezetes. Eine Resolution zur Abwehr dieses Ausnahmegezetes wird dem Reichstag überwiesen. Ferner wurden die in der Konferenz am 12. Juli in Randzin gefaßten Beschlüsse und Anregungen der Kollegen der Brauereien Oberschlesiens sowie die vom Gau Breslau vorgeschlagenen Beiratsmitglieder gutgeheißen. Die anwesenden Kollegen erklärten, der Ortsleitung bei Werbung neuer Mitglieder zur Seite zu stehen.

Passau. Der Kassierer des Ortsvereins Passau, Benedikt Wimmer, Obermüller in der Bayerischen Löwenbrauerei zum Stockbaur, ist einem Schlaganfall erlegen. Wimmer war ein treuer und ehrlicher Verbandskollege, und er hat sehr viel mitgeholfen, die Organisation in Passau aufzubauen und noch mehr mit zu erhalten. Es muß gesagt sein, daß die Brauerei deshalb, weil er dem Lebensmittel- und Getränkearbeiterverband angehörte, keinen Anstoß genommen hat. Er wurde damals, als er noch Vorsitzender des Ortsvereins war, zum Obermüller befördert. Die Brauerei hat den Grad seines Könnens bemessen und nicht nach seiner gewerkschaftlichen und politischen Gesinnung gefragt.

Rundschau.

Die Reichsausstellung „Deutscher Wein“ wird am 8. August in Coblenz eröffnet. Den Ehrenhof der Ausstellung schmückt ein hervorragendes Kunstwerk, das „Denkmal „Deutscher Wein“, geschaffen von dem Münchener Bildhauer Josef Heßelmann. Das Denkmal ist Ausstellungsobjekt der bekannten Firma Vereinigte Weingütsbesitzer G. m. b. H., Coblenz.

Literarisches.

Das Exzerptproblem innerhalb der Gewerkschaften. Von Dr. Theodor Cuffan. Heft 6 der von Ernst Riethig herausgegebenen „Schriftreihe des „Fitt““. Der deutsche Arbeiter in Politik und Wirtschaft. 24 S. 50 Pf. portofrei.

Verbandsnachrichten.

Verbandsrat, Redaktion und Expedition der „Verbands-Zeitung“ Berlin 15 11, Reichstagsufer 3. Fernsprecher: Henja 434.

33. Beitragswoche vom 9. bis 15. August.

Die Abrechnung vom II. Quartal 1925 haben folgende Ortsvereine noch nicht eingefandt. Wir ersuchen die Ortsverwaltungen, das Veräumte umgehend nachzuholen.

- List of Ortsvereine: Frauenburg, Insterburg, Freiburg i. Schl., Namslay, Reichenbach, Cöfel, Oppeln, Forst, Lychn, Oranienburg, Potsdam, Storkow, Greifswald, Bremerörde, Gmshorn, Lüneburg, Schwerin, Holzminde, Northeim, Blänenburg, Lötzen, Camburg, Frankenhäusen, Jünnenau, Mühlhausen, Köhneck, Koburg, Schweinfurt, Reichenhall, Rempten, Schwemningen, Wolfach-Bieberach, Stuttgart, Heilbronn, Homburg, Worms, Eschwege, Coblenz, Weilburg, Solingen, Duisburg, Hagen, Siegen, Hameln.

Ausflüsse. Auf Antrag des Ortsvereins Bremen werden ausgefließen: Ferd. Hudemann, Nr. 161 535, Mart. Kuhlus, Nr. 161 569, Heint. Drege, Nr. 241 753, Friedr. Jacobs, Nr. 181 569, Joh. Hilken, Nr. 247 664, Karl Witte, Nr. 247 662.

Genehmigte Lokalbeiträge. Zutüftingen 10 Pf. Der Verbandsvorstand. Eingänge der Hauptkasse vom 3. bis 8. August.

- List of contributions from various locations: Berlin 41, Königsberg 160, Cassel 1227,24, and 500, and 997,61, Heilbronn 5565,55, Liegnitz 100, Rößdingen 171, Schweinfurt 629,54, Stolp 8,08, Crefeld 8, Heilbronn 1381, Halle 600, Aachen 749,17, Bernstadt 60,15, Gardelegen 108,50, Grünstadt 130, Heidenheim 284,70, Holzminde 75, Rauterbach 195,47, Schwiebus 121,70, Graubing 270, Mainz 3, Dortmund 10,40 und 14, Hannover 21, Warne 24, Hamburg 28,80, Ortschaften 10, Karlsruhe 1272,55, Randrin 178,80, Berlin 620, Wamberg 200, Cottbus 100, Eisleben 150, Elberfeld 2130, Hamm 695,65, Heilbronn 1500, Eßleben 100, Mühlhausen 500, Storkow 60, Stargard 30, Bernigerode 150, Heilbronn 450, Dortmund 500, Düsseldorf 14,40, Berlin 270, Altschauenburg 209, Bielefeld 500, Coblenz 1200, Fiersburg 100, Freddorf 10,90, Weislingen 34,40, Gera 200, Greiz 686,48, Heilbronn 250, Hof 1000, Jena 130, Reustadt a. d. Dela 161, Rofenheim 203, Weislingen 116,50, Worms 753,41 und 7,80, Breslau 8, Müllingen 20,80, St. Ingbert 3, Wendisch-Buchholz 28,30, Berlin 250, und 102,33 und 58, und 1, Frankfurt a. M. 1408,98 und 70, Rastenburg 20, Erfurt 1900, Dresden 603, Mainz 796,88, Mannheim 4944,40 und 2162,90 und 291,10 und 1200,80, Magdeburg 2834,47, Berlin 500, Glogau 85,70, Tüftingen 131,03, Uelzen 150, Capß 30, Würzen 349,45, Bielefeld 1300, Gückß 300, Kronach 119,14, Mannheim 1000, Wolfach 275, Breslau 62,60, Würzburg 13,80.

Beichtigung. In der Beichtigung in der letzten Nummer der „Verbands-Zeitung“ muß es heißen: Kumbach 2313,24.

Aus den Bezirken und Ortsvereinen.

Doppel. Kass.: Alfons Prohwiß, Karlshofer Str. 2. Passau. Kass.: Joh. Böhl, Schmiedegasse 4, Innstadt-Passau. Regensburg. Ein Schwindler, der sich Karl Hoffmann nennt, hat sich einen Gelddbetrag in Regensburg erschwindelt, um nach Passau zu fahren. Er hat es nicht zurückgeschickt, wie versprochen, sondern auf Grund des Schuldcheins von Bankerl, Regensburg, in Passau neues Geld zu erschwindeln versucht. In Passau hat er auch ein Fahrrad gestohlen und für 60 Mt. verkauft. Man achte auf den Busfschen und nehme ihm den Schuldchein ab. Der ihm abgenommene Ausweis lautet auf den Namen Carl Hoffmann, geb. 15. 8. 1885. Doch kann der Ausweis auch gestohlen sein und der Schwindler einen anderen Namen haben.

Nachruf. Am 3. August starb unser Kollege Eduard Singer im Alter von 69 Jahren. Ihre seinem Andenken. Ortsverein Wismar.

Nachruf. Den Kollegen die traurige Nachricht, daß unser Kollege der Arbeiter Otto Frank am Sonnabend, den 1. 8. plötzlich durch Unfall verstorben ist. Wir werden sein Andenken in Ehren halten. Die Belegschaft der Stettiner Bergschloß Brauerei.

Nachruf. Am 6. Juli starb nach kurzem Leiden unser Kollege Jakob Wagh. Wir werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren. Das Fahrpersonal der Neufangischen Brauerei, Saarbrücken.

Nachruf. Unserm Kollegen Paul Weikert nebst seiner lieben Frau zur Silberhochzeit nachträglich die herzlichsten Glückwünsche. Die Brauer der Schultheiß-Patenhofer Brauerei, Altschauenburg.

Nachruf. Unserm Kollegen Paul Wesel-mayer, Heinrich Ewing, Peter Nagel und ihren lieben Frauen nachträglich die herzlichsten Glückwünsche zur Vermählung. Die Kollegen der Festschloßbrauerei Gersdorf, Ortsverein Bielefeld.

Nachruf. Am 23. Juli starb an den Folgen eines Schlaganfalles im Alter von 45 1/2 Jahren unser guter Kollege langjähriger Vorsitzender, zuletzt Kassierer, Obermüller, Benedikt Wimmer. Ein ehrendes Andenken bewahren ihm. Die Kollegen der Zahlstelle Passau. Unserm Kollegen Albert Lüdke und seiner lieben Frau zur Silbernen Hochzeit die herzlichsten Glückwünsche. Die Kollegen der Schultheiß-Patenhofer Brauerei, Niederlage Stettin. Unserm Kollegen Max Müller und seiner lieben Frau im Zehnmernicht 5. Goldig zu ihrem kräftigen Stammhalter ein dreimal donnerndes Hoch. Die Kollegen der Zahlstelle Grimma. Unserm Kollegen Albin Krauß nebst seiner lieben Frau zur Silbernen Hochzeit, dem Kollegen Waldemar Vogel, Weitingen, nebst seiner jungen Frau zur grünen Hochzeit nachträglich die herzlichsten Glückwünsche. Ortsverein Altschauenburg. Unserm Kollegen, dem Brauer Hans Bayer zu seiner 25 jährigen Dienstzeit bei der Brauerei Heß & Schwennerhuf die herzlichsten Glückwünsche. Die Kollegen der Ortsverwaltung Ritzingen a. M.